

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Portogeld 2.75 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 9. — Mk., für 1 Monat 3. — Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 16/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18689.

Inseratenpreise: Die 7spaltige Zeitzeile 1.25 Mk. — Die 7spaltige Zeitzeile mit Plagvorschritt 1.50 Mk. — Die 7spaltige Zeitzeile Samstagsnachrichten 1.10 Mk. Die Kleinanzeigen 5. — Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 16/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Reaktionäre Anschläge in Oesterreich.

### Anschläge der Reaktion in Oesterreich.

Wien, 8. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Dem Vorwärts wird aus Wien gemeldet: Der führende Wiener christlichsozialen Abgeordnete Weipelt sagte in einer Wählerversammlung, daß im Laufe dieses Jahres in der Verwaltung Oesterreichs ein völliger Systemwechsel eintreten müsse, da die sozialdemokratischen Gedanken sich nicht bewährt hätten. Die Zukunft Oesterreichs müsse nach gutbürgerlichen Gedanken auf neuen politischen und wirtschaftlichen Grundlagen aufgebaut werden, wobei den Christlichsozialen ein größerer Einfluß zu sichern sei als bisher. Dann werde auch der Verbrüderungsprozeß aufgehoben. Die christlichsozialen Partei solle sich zum Kampfe bereithalten.

Ausgehend von der Tatsache, daß die schwarz-rote Koalition erschüttert ist, beschloß der Wiener Arbeiterkongress am Mittwoch eine Kundgebung gegen die Reaktion, die mit folgenden Worten schloß: „Seid auf der Wacht vor den Anschlägen der Reaktion! Seid auf der Wacht vor den Intrigen der ungarischen Gegenrevolution! Haltet euch bereit, wenn der Ruf ertönt, um zu demonstrieren für die Verteidigung der Republik, gegen alle Anschläge der Mächte der Vergangenheit!“

Ferner wurde die Exekutive beauftragt, eine Massen-demonstration des Wiener Proletariats gegen die Reaktion vorzubereiten und nötigenfalls ohne weiteren Beschluß einer Vollversammlung die Kundgebung zu beschließen.

### Die Pariser Verhandlungen.

Paris, 7. Januar. (Kewos.) Am Dienstagvormittag wurden die Besprechungen bezüglich der Uebergabe der Regierungsvollmachten in den Abstimmungsgebieten zwischen der durch General Perovic geleiteten Alliierten-Kommission und der unter dem Vorsitz von Simon Reutenen deutschen Kommission fortgesetzt. Eine neue Sitzung wird heute Mittwochmorgen stattfinden. Man hofft, daß die Arbeiten der für die Inkraftsetzung des Friedensvertrags bestimmten Kommissionen noch vor Sonnabend beendet sein werden und daß der Austausch der Ratifikationsdokumente noch am Nachmittage des 10. Januar erfolgen kann. Morgen wird sich auch die mit der Uebernahme der Oberhoheit von Memel und Danzig betraute Kommission verhandeln.

### Fertigstellung der Auslieferungslisten.

Paris, 7. Januar. (Kewos.) Der Vizepräsident Hindy hat an, daß sich heute die interalliierte Kommission, die mit der Regelung des Rechtsabhandels der Auslieferung von gewöhnlichen Verbrechern angefaßten Deutschen betraut ist, unter dem Vorsitz von Unterstaatssekretär Janace verhandelt. Die Kommission hat sich vornehmlich mit der Verteilung der verschiedenen Angeklagten auf die Militärgerichte der verschiedenen Staaten zu befassen. Die Listen der auszuliefernden Personen sind fertiggestellt.

### Eine deutsche Beschwerde an Foch.

Die deutsche Waffenstillstandskommission in Düsseldorf hat der interalliierten Waffenstillstandskommission eine Note überreicht. Darin wird darüber Beschwerde geführt, daß der Oberkommandierende der alliierten Meere den Verwaltungspräsidenten in Saarbrücken, v. Hallern, und den ihm zugeteilten Regierungsdirektor v. Salmuth von ihren Posten entfernt, aus dem besetzten Gebiet ausgesperrt und dem Herrn Braun von Stumm bei Strafe der Verhaftung verboten hat, ohne Genehmigung in das besetzte deutsche Gebiet einzutreten. Die deutsche Regierung bestritt den Militärbehörden das Recht, deutsche Beamten ihrer Posten zu entheben oder sie aus dem besetzten Gebiet auszuweisen. Sie legt deshalb Beschwerde gegen die getroffenen Maßnahmen ein und spricht die Erwartung aus, daß die Angelegenheit erneut geprüft und die Verfügung zurückgenommen wird.

### Ausscheiden Amerikas aus dem Obersten Rat?

Das Echo de Paris hat sich in der Sonnabend-Sitzung des Obersten Rates ein bedeutender Vorfall angetragen. Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten Wallace verlangte, daß die Beschlüsse des Obersten Rates zukünftig mit der Formel „Die Alliierten und assoziierten Mächte“ durch die Formel „Die alliierten Mächte“ eingeleitet werden. Perinax hat hinzu, daß die Vereinigten Staaten nicht mehr offiziell an den gefassten Beschlüssen teilnehmen wollen, aber sie werden trotzdem durch ihre Gesandten in den Sitzungen vertreten sein. Wilson wird nicht nur von der Politik des Obersten Rates Kenntnis haben, sondern es wird auch nichts Endgültiges beschlossen werden, ohne daß vorher seine Zustimmung erlangt wurde.

### Ein Funkspruch der Sowjetregierung an Deutschland.

Die Moskauer Sowjetregierung hat an die deutsche Regierung einen Funkspruch gerichtet, der im Inhalt, daß Nachrichten zu ihr gelangt seien, wonach die deutsche Regierung die zurückgezogenen Baltikumtruppen in Gaussonen verpackt, um diese zu einem neuen Feldzug gegen Sowjetrußland für kommenden Frühjahr auszusenden. Die Sowjetregierung, steht darin einen selbständigen Akt, den sie mit entsprechenden Gegenmaßnahmen werde beantworten müssen. Die Moskauer Regierung ersucht die deutsche Regierung, über die Behandlung der gegenrevolutionären Truppen aus dem Baltikum eine umgehende anerkennende Erklärung zu geben.

Darüber wird dem Berlin Express, der diese Meldung bringt, mitgeteilt, daß die aus dem Baltikum zurückgezogenen Truppen auf Veranlassung der Interalliierten Kommission in Konzentrationslager nach Reichs gebracht werden sind, wo sie sich verhalten müssen. Da die Interalliierte Kommission über diese Truppen verurteilt, so müsse sich die Sowjetregierung gegebenenfalls mit der Einheit in Verbindung setzen. Mit dieser Erklärung ist die Angelegenheit allerdings nicht aus der Welt geschafft, denn es steht fest, daß in der nächsten Zeit eine neue Expedition nach dem Baltikum stattfinden wird. Wenn auch der Außenminister Miller in seinem neuerlichen Interview von den Baltikumtruppen abzurufen versuchte, so zeigen doch die Parteilegitimationen Vermutungen an die deutsche Regierung, daß es einen Grund hat, in ihr nicht nur den Wunsch der Entente, sondern einen verständlichen Grund zu sehen.

### Hungerstreik und Schutzhäftlinge.

Berlin 8. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Opfer der militärischen Schutzhäftlinge im Gefängnis Brix 1 sind nach einer Mitteilung der Freiheit am 5. Januar in den Hungerstreik getreten, nachdem sie, die zum Teil schon bis zu einer Dauer von neun Monaten im Keller schmachteten, die Hoffnung aufgeben haben, irgend etwas für ihre arbeitslose Lage auf rechtlichem Wege zu erreichen. Sie können es nicht verkraften, daß man einen Häftling in der Kaserne mit der gefährlichsten Ehrenstrafe belegt, während man Festhäftlinge ihrer politischen Überzeugung wegen wie Verbrecher hinter Gittern auf Monate festhält.

### Demonstration der Kruppschen Arbeiter.

Essen, 7. Januar. (L. V.) Aus den Kruppschen Werken verließen gestern etwa 5.000 Arbeiter ihre Arbeitsstätten und versammelten sich vor dem Gebäude der Direktion wegen eines in den Kruppschen Mitteilungen erschienenen Artikels eine Demonstration. Es kam hierbei zu einem Zusammenstoß der vor dem Gebäude stehenden Demonstranten mit einer kleinen Abteilung der Sicherheitswehr, die von der Menge umringelt und entwaffnet wurde. Die Waffen wurden zerstört. Als Verantwortlicher der Demonstration wurde der Redakteur des unabhängigen Ruhr-Börsen und der Parteisekretär der Unabhängigen festgenommen.

### Ein 280-Milliarden-Kredit.

Paris, 6. Januar. Nach Meldungen aus London wird der Vertreter Englands für Finanzfragen Sir Poiss, der jetzt in Amerika angekommen ist, tatsächlich einen Kredit von 280 Milliarden Franz zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in Europa verlangen. Er schlägt vor, internationale Obligationen in der genannten Höhe auszugeben, für die die Mitglieder des Völkerbundes Garantie leisten sollen. Die Obligationen sollen 4 Prozent Zinsen tragen. Ein Prozent soll amortisiert werden, die Rückzahlung in 40 Jahren erfolgen. Poiss glaubt, England werde eine Garantie für 40 Milliarden Franz leisten. 80 Milliarden dieser Kasse sollen für den Ankauf von Rohmaterialien verwendet werden, 80 Milliarden für den Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden. Der Rest soll dazu dienen, die ausländischen Arbeiter zurückzuführen. Er glaubt ferner, daß die von ihm vorgeschlagene Operation, automatisch den normalen Stand des Wechselkurses wiederherstellen wird.

### Eine revolutionäre Rätevereinigung für das Verkehrsgewerbe.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Zentrale der Betriebsräte, die sich jetzt der Note Vollzugsausschuß nennt, hatte Dienstagabend nach den Sophien-Sälen eine allgemeine Funktionsräteversammlung der Verkehrsgewerbe einberufen, um über die Bedeutung der im Verkehrsgewerbe Beschäftigten für das Wirtschaftsleben zu berichten. Anschließend erfolgte die beabsichtigte Gründung einer revolutionären Rätevereinigung, die u. a. die Betriebsräte der Betriebe in dem Sinne auflösen soll, daß bei den kommenden Betriebsrätewahlen die Wahl revolutionärer und auf dem Boden der revolutionären Betriebsorganisation stehender Betriebsräte gesichert ist. In den provisorischen Hauptausführungen wurden 23 Delegierte gewählt.

### Der weiße Schrecken in Ungarn.

Von Julius Braunthal, Wien.

Die sozialdemokratische Partei Oesterreichs hat mit einem ergreifenden Aufruf die Arbeiterklassen aller Länder aufgefordert, auf ihre Regierungen einzuwirken, um den weißen Terror in Ungarn zu bändigen. Das System des weißen Schreckens, das die Truppen Horthy in Ungarn ausgerichtet haben, findet nur in der Niederwerfung der Kommune 1871 und der russischen Revolution in den Jahren 1906 und 1907 ein schwaches Gleichnis. Alle, die mit der Räteregierung oder ihren Organen auch nur in entferntester Beziehung standen, wurden verhaftet, in die Kerker geschleppt, dort furchtbar mißhandelt und vielfach ohne Urteil hingerichtet. „Das erschauende Ungarn“, zusammengerottete Barden konterrevolutionärer Offiziere und Studenten, überfallen Juden und Arbeiter auf offener Straße und schlugen sie blutig. Die Angehörigen von „verdächtigen“ Personen werden in einem Lager bei Hajmászter am Plattensee interniert, viele tausende Frauen und Kinder in halb verbrochenen, fenster- und türlosen Holzbaracken zusammengepfercht, dem Regen, dem Schnee, der Kälte, dem Hunger und der Mißhandlung schicksallos preisgegeben. Der Tod hält fürchterliche Ernte unter ihnen. Täglich werden die Leichen das „Verschwinden“ von Personen. So wurde durch amtliche Dokumente erwiesen, daß mit Willen und Duldung der obersten Landesbehörden, des Armeekommandos und des Justizministeriums zweihundert „verdächtige“ Personen aus dem Keszemet-Gefängnis „verschwunden“ sind. Sie wurden in dem nahen Walde von Keszemet erschlagen oder an Bäumen hängend aufgefunden. Soldaten und Offiziere der „königlich ungarischen Armee“ hatten das Gefängnis besetzt, die Gefangenen mit Peitschen aus Kadelbräuten blutig geschlagen und wahllos 62 Männer in den Wald geschleppt und ermordet. Der Staatsanwalt von Keszemet, der darüber berichtete, wurde unter der Drohung der sofortigen Niedermachung gezwungen, das Gefängnis den Horthy-Banden preiszugeben. Der Führer dieser Mordtruppe, ein Oberleutnant Szijas, wurde bei einem Festessen im Hotel Royal in Budapest, an dem der ungarische Ministerpräsident Huszar und Staatssekretär Pekar teilnahmen, als der „Befreier von Keszemet“ gefeiert. Der Oberstaatsanwalt Dr. Barna rühmte den großen Dienst, den er der Stadt Keszemet geleistet habe, indem er 67 Kommunisten, die die Stadt in Schrecken hielten, verschwinden ließ. In Budapest wurden in den letzten Tagen gegen zwanzig Todesurteile gefällt, wobei „Zeugen“ assistierten, auf die die härtesten Repressalien ausgeübt wurden, um belastendes Material gegen die Angeklagten zu erpressen. Die meisten Urteile wurden sofort vollstreckt. Manche der Angeklagten — und dies soll ja nicht bezweifelt werden — haben gewöhnliche Verbrechen verübt. Aber die meisten der verfolgten Tatbeteiligten waren Erscheinungen des Bürgerkrieges, der eben in Ungarn entbrannt war. Den roten Standgerichten lag dieselbe Rechtsauffassung zugrunde als den monarchistischen Standgerichten während des Krieges. So wurde u. a. ein Mann, Otto Korwin, zum Tode verurteilt, der sich mit seiner ganzen Kraft gegen die zum Teil unvermeidlichen Grausamkeiten des Bürgerkrieges gerichtet hatte: ein reiner, lauter Idealist, dessen glühende, edle Leidenschaft ganz dem Sozialismus zugetan war.

Die ungarische Konterrevolution hat sich nun überdies in Wien ein Zentrum ihrer Schreckensherrschaft geschaffen. Ungarische Konfidenten spüren den schädlichen Mitgliedern der Räteregierung nach; vor einigen Tagen wurden zwei von der ungarischen Staatsanwaltschaft verfolgte Kommunisten mit einem Auto der ungarischen Gesandtschaft in Wien nach Ungarn entführt. Zweimal versuchten ungarische Menschenräuber in die Zeitung Karfstein, in der einige führende Kommunisten interniert sind, einzudringen, um Bela Kun „verschwinden“ zu lassen. Die Regierung der Oesterreichischen Republik unterhält einen gewaltigen Sicherheitsapparat, um dem ungarischen Menschenraub zu wehren.

Neber die Rechtschaffenheit in diesem barbarischen Lande spricht, der Prozeß gegen die Mörder Tibas Wände. Er wurde vor einigen Wochen unter großem Lärm eingeleitet, man dachte wieder einige Kommunisten an den Galgen zu bringen. Nun ergab es sich aber, daß unter den Hauptbeteiligten an dem Morde der frühere Ministerpräsident und gegenwärtige Staatssekretär Friedrich dringend verdächtig erschien. Es wurde angeordnet, daß er von der Vorbereitung des Mordes wußte, die Ermordung mitbeschloß und sich selbst in der entscheidenden Stunde an den Tatort be-